

Was können wir gegen Abschiebungen tun?

Das Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung hat einen Flyer herausgegeben, der Möglichkeiten zur Intervention bei drohenden Abschiebungen aufzeigt. Wichtig dabei ist immer, dass eine solidarische und rechtskundige Beratung gesichert ist, dass Briefe von Behörden aufmerksam gelesen, vertrauenswürdige Übersetzer*innen vorhanden sind. Da Asyl nicht die einzige legale Basis für einen Aufenthalt in Deutschland ist, sollten andere mögliche Gründe wie zum Beispiel Krankheit, Schwangerschaft, Arbeit, Schule, Ausbildung gegebenenfalls geltend gemacht werden. Die Möglichkeit einen Petitions- oder Härtefallantrag zu stellen bieten sich ebenfalls an. Wenn gar nichts mehr geht, können auch Mittel des zivilen Ungehorsams, wie Kirchenasyl oder Blockaden von Abschiebungen in Erwägung gezogen werden. Der Flyertext ist auf der Homepage des Freiburger Forums www.freiburger-forum.net zu finden.

Abschiebegefängnis Pforzheim

Seit fünf Monaten werden Geflüchtete in dem baden-württembergischen Abschiebegefängnis in Pforzheim inhaftiert. Dort wird es bald 80 Haftplätze geben. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg hat Fälle dokumentiert, wonach Menschen von der Ausländerbehörde einbestellt und festgenommen wurden. Auch im Landkreis Emmendingen wurde ein Betroffener bei der Ausländerbehörde festgenommen. Statt sich dort aber um Formales zu kümmern, wurden diese Menschen ins Abschiebegefängnis gebracht. In einem Fall wurde ein junger Mann aus einer Schule in Reutlingen geholt und nach Pforzheim gebracht. In Kirchzarten wurde Anfang August ein 24-jähriger Mann von der Arbeitsstelle heraus in die Abschiebehaft nach Pforzheim gebracht. Eines wird dabei deutlich: Die mit der Verwaltung der Migrant*innen beschäftigten Behörden setzen jeden Tag diskriminierende, ausschließende Sondergesetze um. Durch diese Institutionen, darunter die Polizei, werden Erniedrigung, Zwang, Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte und Gewalt ausgeübt. Das schafft ein Klima der Gewalt gegen Geflüchtete und Migranten.

Kein Bargeld mehr für Geflüchtete in Baden-Württemberg

Die Einführung einer „Sachleistungskarte“, die von GRÜN-SPD beschlossen wurde, wird nach dem Sommer von GRÜN-CDU umgesetzt. Zunächst soll in den Erstaufnahmeeinrichtungen die „Sachleistungskarte“ eingeführt werden. Geflüchtete erhalten dann kein Bargeld mehr. Erweist sich die Geldwertkarte als praktikabel, könnte sie auch in den Kommunen eingesetzt werden. Seit der Verabschiedung des Asylbewerberleistungsgesetzes 1993 und der damit zwingenden Sachleistungsversorgung an Geflüchtete wurden unzählige ausgrenzende Modelle der

Sozialhilfegewährung umgesetzt. Waren es zunächst Essenspakete die Geflüchtete in den Sammelagern bekamen, oder spezielle „Shops“ in denen Geflüchtete mit „Punkten“ bezahlen mussten, zentrale Kantinenversorgung mit Kochverbot auf den Zimmern oder eine Chipkarte mit der in vorgeschriebenen Supermärkten nur spezielle Waren eingekauft werden durften, so soll nach dem Sommer in Baden-Württemberg eine „Sachleistungskarte“ eingeführt werden. Auch hier geht es wieder um Entmündigung der Geflüchteten.